ATOMWAFFEN VERBIETEN



ÜBER ICAN

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) ist eine globale Koalition von Nichtregierungsorganisationen, die für eine atomwaffenfreie Welt arbeiten. Wir rufen alle Staaten auf, jetzt mit Verhandlungen über einen Vertrag zum unmissverständlichen Verbot von Atomwaffen zu beginnen.





"Wenn Gandhi und Martin Luther King Jr. heute leben würden, wären sie bei ICAN dabei."

MARTIN SHEEN, Schauspieler und Aktivist

Veröffentlicht: Juli 2013 Text und Design: Tim Wright Übersetzung: ICAN Deutschland Kontakt: info@icanw.org

Wozu ein Atomwaffenverbot?

Ein Verbotsvertrag zu Atomwaffen ist ein globaler, humanitärer Imperativ allererster Ordnung. Er ist machbar und immer dringlicher.

tomwaffen sind aktuell die einzigen Massenvernichtungswaffen, welche noch nicht durch einen internationalen Vertrag verboten wurden - obwohl sie die zerstörerischste aller Waffen sind. Ein globales Atomwaffenverbot ist lange überfällig und kann mit öffentlichem Druck und politischer Initiative in kurzer Zeit erreicht werden. Mit einem Verbot wäre nicht nur der Besitz und Einsatz von Atomwaffen illegal; ihr Verbot würde den Weg für ihre Abschaffung ebnen. Staaten, die für nukleare Abrüstung sind, sollten jetzt mit Verhandlungen zu einem Verbotsvertrag beginnen.

KATASTROPHALES LEID

Weltweit gibt es immer noch abertausende Atomwaffen, Die Detonation einer Einzigen über einer Großstadt könnte über eine Million Menschen töten. Der Einsatz von Dutzenden oder Hunderten würde das globale Klima aus den Fugen bringen und einen Zusammenbruch der Landwirtschaft und Hungersnöte verursachen. Eine humanitäre Krisenreaktion wäre unmöglich. Angesichts der katastrophalen Auswirkungen von Atomwaffen ist deren Verbot und Abschaffung die einzige verantwortungsvolle Option.

VERPFLICHTUNGEN ERFÜLLEN

Das Völkerrecht verpflichtet alle Staaten dazu, Verhandlungen über nukleare Abrüstung zu führen und abzuschließen. Allerdings haben die Atomwaffenstaaten bisher keinen Fahrplan für eine atomwaffenfreie Welt vorgelegt. Stattdessen investieren sie in die Modernisierung ihrer Arsenale. Ein fortgesetztes Scheitern der Abrüstung ist keine Alternative. Solange Atomwaffen existieren, gibt es eine reale Gefahr, dass sie erneut eingesetzt werden - ob mit Absicht oder versehentlich.

ATOMWAFFENSTAATEN

Staaten mit eigenen Arsenalen

China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Nordkorea, Pakistan, Russland, USA

Staaten mit US-Atomwaffen

Belgien, Deutschland, Italien, Niederlande, Türkei

Andere Staaten in nuklearen Allianzen

Albanien, Australien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Island, Japan, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südkorea, Ungarn, Tschechien

Wie das Verbot funktionieren würde

Ein Verbotsvertrag zu Atomwaffen ist der nächste, essenzielle Schritt hin zur nuklearen Abrüstung. Er sollte jetzt angegangen werden, mit oder ohne die Unterstützung der Atomwaffenstaaten.

ngagierte Staaten sollten Verhandlungen zu einem Verbotsvertrag aufnehmen – ohne Rücksicht auf die Teilnahme nuklear bewaffneter Staaten. Die Alternative würde bedeuten, den Atomwaffenstaaten weiter zu erlauben, den Prozess zu kontrollieren und Fortschritt auszubremsen. Sie halten dabei an einem Zweiklassensystem fest – in einem vertraglichen Rahmenwerk, welches keine Abrüstung erzwingen kann.

EIN GLOBALES VERBOT

Ein Verbotsvertrag zu Atomwaffen würde weltweit ermöglichen, was atomwaffenfreie Zonen regional erreicht haben - in Afrika, Lateinamerika und der Karibik, im Südpazifik, Südost- und Zentralasien. Er würde es Staaten in aller Welt erlauben, ihre Ablehnung von Atomwaffen zu formalisieren und eine unmissverständliche. internationale Rechtsnorm gegen den Besitz von Atomwaffen zu schaffen. Ein Verbot würde auf den Atomwaffensperrvertrag aufbauen und diesen stärken. Dieser bestehende Vertrag hilft zwar, die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu begrenzen, reicht für nukleare Abrüstung aber nicht aus. Das Atomwaffenverbot ist der fehlende Baustein für eine umfassende Ächtung aller Massenvernichtungswaffen.

ABRÜSTUNG ERMÖGLICHEN

Die Ächtung von Waffensystemen geht der Abschaffung voraus und erleichtert diese – nicht andersherum. Das Verbot von biologischen bzw. chemischen Waffen etwa war ein essenzieller Schritt in den weiter andauernden Bemühungen um ihre Eliminierung. Wie die Bio- und Chemiewaffenkonventionen würde auch ein Verbotsvertrag Staaten mit nuklearen Arsenalen erlauben beizutreten, solange sie sich bereit erklären, diese

in einem festgelegten Zeitplan zu eliminieren. Sobald diese Staaten beitreten wollen, können Abkommen ausgehandelt werden, die sicherstellen, dass Atomwaffenbestände überprüfbar und unumkehrbar vernichtet werden. Der Verbotsvertrag selbst muss hierzu keine komplizierten Schritte für die universelle Abschaffung vorwegnehmen. Stattdessen schafft er das Grundgerüst dazu. Einmal in Kraft, würde der Vertrag jede Vorstellung in Zweifel ziehen, der Besitz von Atomwaffen könne für bestimmte Staaten legitim sein.

VERBOTENE WAFFEN

Es gibt bereits internationale Konventionen, die Biowaffen, Chemiewaffen, Antipersonen-Landminen und Streumunitionen verbieten. Bisher gibt es keinen vergleichbaren Vertrag über Atomwaffen. Die Staatengemeinschaft muss diese völkerrechtliche Anomalie beenden. Wie im Falle der Verhandlungen um die Landminen- und Streumunitionsverbote sollten gleichgesinnte Regierungen in enger Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und unabhängig vom Widerstand der Atomwaffenstaaten voranschreiten.





Verboten durch die Biowaffenkonvention

1972



CHEMISCHE WAFFEN

Verboten durch die Chemiewaffenkonvention

1993



X LAND-MINEN

Verboten durch die Ottawa-Konvention

1997



X STREU-MUNITION

Verboten durch das Übereinkommen über Streumunition

2008



WELTWEITE UNTERSTÜTZUNG FÜR EINEN VERBOTSVERTRAG





Bei den Vereinten Nationen unterstützen Dreiviertel aller Staaten das Ziel, Atomwaffen zu verbieten – darunter ganz Afrika, Lateinamerika und die Karibik. Sie müssen diese Unterstützung nun in die Tat umsetzen und mit Verhandlungen für einen Verbotsvertrag zu Atomwaffen beginnen.



ROTES KREUZ UND ROTER HALBMOND

Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung – mit bis zu 100 Millionen Freiwilligen und Angestellten die größte humanitäre Organisation der Welt – hat zu einem rechtsverbindlichen Übereinkommen zum Verbot des Einsatzes und zur Abschaffung von Atomwaffen aufgerufen.



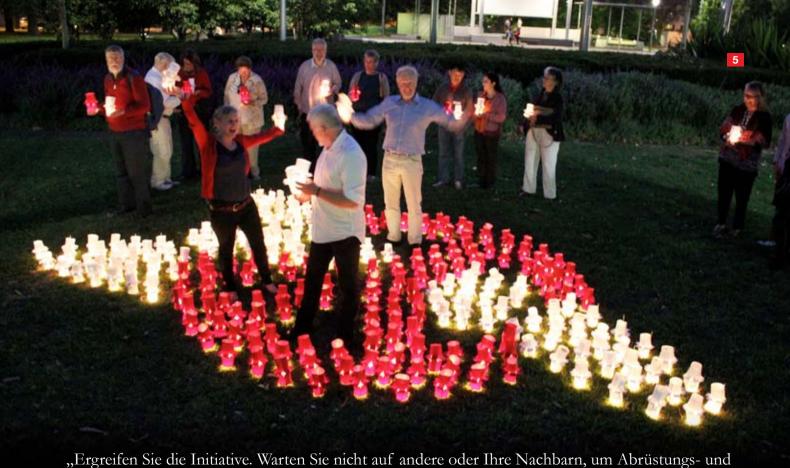
GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hebt das Fehlen eines völkerrechtlichen Verbotsvertrages zu Atomwaffen hervor, und spricht sich wieder und wieder für ein Verbot sowie die Abschaffung von Atomwaffen aus. Ban Ki-moon ist auch ein Unterstützer von ICAN.



80 PROZENT DER MENSCEHN – WELTWEIT

Vier von fünf Befragte sagen "Ja" zu einem Atomwaffenverbot, im Durchschnitt der 26 seit 2008 untersuchten Staaten. Auch in den Atomwaffenstaaten spricht sich eine Mehrheit dafür aus. 20 Millionen Unterschriften gingen seit 2010 für einen Verbotsvertrag bei den Vereinten Nationen ein



"Ergreifen Sie die Initiative. Warten Sie nicht auf andere oder Ihre Nachbarn, um Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen zu beginnen. Wenn Sie nur voranschreiten, die anderen werden folgen."



Den Verbotsvertrag verwirklichen

Es gibt keinen Zweifel an der humanitären Notwendigkeit, Atomwaffen zu verbieten. Dieses Ziel zu erreichen erfordert die Mobilisierung der öffentlichen Meinung und politische Initiative.

Seit 2010 rücken die katastrophalen humanitären
Auswirkungen von Atomwaffen auch bei Debatten um die beste
Strategie für nukleare Abrüstung ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie verdeutlichen die Dringlichkeit eines Verbotsvertrages. Ihre verheerenden Auswirkungen wurden in Hiroshima und Nagasaki sowie in unzähligen
Tests dokumentiert, und sind für ein völkerrechtliches Verbot mehr als ausreichend.

MOBILISIERUNG

Seit 2007 arbeitet ICAN als Koalition von Organisationen in über 80 Staaten daran, die Bedrohung durch Atomwaffen auf die Agenda zu setzen. Wir haben Konferenzen, Workshops, Ausstellungen, Filmvorführungen und weltweite Proteste organisiert; tragen das Atomwaffenverbot in die Vereinten Nationen, Parlamente, Schulen und soziale Medien. Unsere Forderung trifft auf offene Ohren und wird begeistert begrüßt.

POLITISCHE INITIATIVE

Atomwaffenfreie Staaten beklagen seit Jahrzehnten den mangelnden Fortschritt in der nuklearen Abrüstung. Viele haben ihre große Besorgnis gegenüber der weiteren Aufrüstung und Modernisierung der Arsenale zum Ausdruck gebracht. Wenngleich die Situation frustrierend ist, sind sie keineswegs machtlos. Immerhin stellen sie die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft. Arbeiten sie zusammen. können sie ein mächtiges rechtliches Instrument schaffen: Ein weltumspannender Verbotsvertrag wird Atomwaffen nicht nur stigmatisieren, sondern gewaltigen Druck für nukleare Abrüstung ausüben. Es ist an der Zeit, die Initiative zu übernehmen, die Spielregeln zu verändern.

AKTIV WERDEN FÜR EINEN VERBOTSVERTRAG

Regierungen sollten:

- Die katastrophalen humanitären Auswirkungen von Atomwaffen hervorheben
- Zu sofortigen Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen aufrufen
- Sich mit gleichgesinnten Regierungen zusammenschließen, um den Verbotsvertrag zu verwirklichen

Die Zivilgesellschaft sollte:

- Die Öffentlichkeit über die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen aufklären
- Sich in Koalitionen mit der spezifischen Forderung eines Verbotsvertrages zu Atomwaffen zusammenschließen

Häufig gestellte fragen

1 Kann ein Verhot ohne die Atomwaffenstaaten verhandelt werden? Ja. Zwar sollten die neun Atomwaffenstaaten dazu ermutigt werden. den Verhandlungen beizutreten, ihre Teilnahme ist aber nicht zwingend. Atomwaffenfreie Staaten können den Verhandlungsprozess anstoßen und sogar einen Vertrag annehmen, auch wenn sich manche oder sogar alle Atomwaffenstaaten verweigern. Abkommen, welche die gegenseitige Verifizierbarkeit des Abrüstungsprozess sicherstellen, können zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam mit den Atomwaffenstaaten verhandelt werden, sobald diese hierzu bereit sind. Wichtig ist, den Prozess anzustoßen - indem ein unmissverständliches, völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen verabschiedet wird. Sobald die Verhandlungen hierzu laufen, können auch Atomwaffenstaaten daran teilnehmen - solange sie sich verpflichten, den Verbotsvertrag binnen eines verabredeten Zeitpunkts zu beschließen.

2. Können Staaten in einer nuklearen Allianz die Verhandlungen zum Verbotsvertrag unterstützen?
Ja. Mehrere NATO-Staaten haben bereits zu verstärkten Anstrengungen aufgerufen, Atomwaffen zu verbieten, während sich alle NATO-Mitglieder dem langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt verschrieben haben. Kein Staat müsste aus der NATO oder anderen Bündnissen austreten, solange er sich danach auf ein Sicherheitskonzept stützt, welches ohne Atomwaffen auskommt

3. Würde ein Verbotsvertrag zur Nichtverbreitung beitragen?

Ja. Nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung sind zwei Seiten derselben Medaille. Erst wenn potenzielle Atomwaffenstaaten echte Fortschritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt sehen, kann die Verbreitung von Atomwaffen verhindert werden. Die Doppelmoral, derzufolge nur bestimmte Staaten Atomwaffen vorhalten dürfen, leistet der nuklearen Proliferation Vorschub. Mit einem Verbot hingegen müssten sich alle Staaten an die gleichen Regeln halten.

4. Wie verhielte sich ein Verbot zum Atomwaffensperrvertrag?
Ein Verbotsvertrag würde den Atomwaffensperrvertrag ergänzen und stärken. Dieser Vertrag bleibt so lange in Kraft, wie es die Vertragsparteien wünschen. Artikel 6 verpflichtet alle Staaten dazu, Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung zu führen. Einen Verbotsvertrag zu Atomwaffen anzunehmen wäre ein wichtiger Schritt hin zur Umsetzung dieser fundamentalen Vertragsnorm.

5. Was ist der praktische Nutzen einer Stigmatisierung?

Ein Verbotsvertrag zu Atomwaffen würde das weltweite Tabu gegen den Einsatz sowie den Besitz von Massenvernichtungswaffen bestärken. Er würde den globalen wie innenpolitischen Druck auf

Atomwaffenstaaten erhöhen, ihre Modernisierungsprogramme zu unterbrechen und auf eine atomwaffenfreie Welt hinzuarbeiten. Er würde die Alliierten von Atomwaffenstaaten dazu herausfordern, den Besitz von Atomwaffen nicht länger zu unterstützen. Ein Verbotsvertrag wäre ein starkes Argument dafür, dass Kreditinstitute nicht länger in die Produktion von Atomwaffen investieren sollten. Kurzum: Er würde all jene aus der Reserve locken, die unsere nuklear bewaffnete Welt unterhalten

6. Würde ein Verbotsvertrag unsere Welt sicherer machen?

Ein Atomwaffenverbot würde die Sicherheit Aller erhöhen – insbesondere die Sicherheit der Menschen, die in nuklear bewaffneten Staaten leben. Auch Menschen in atomwaffenfreien Staaten wären sicherer: Jeder "begrenzte", regionale Atomkrieg hätte globale Auswirkungen.



ATOMWAFFEN VERBIETEN

"Mit deiner Unterstützung und ICAN können wir es erreichen – den gesamten Weg bis hin zu null Atomwaffen."

DESMOND TUTU, Friedensnobelpreisträger

"Ich kann mir eine Welt ohne Atomwaffen vorstellen, und ich unterstütze ICAN."

DER DALAI LAMA, buddhistisches spirituelles Oberhaupt

"Zusammen können wir es schaffen! Mit deiner Hilfe wird unsere Stimme noch stärker!"

YOKO ONO, Friedensaktivistin und Künstlerin

"Ich ziehe meinen Hut vor ICAN für ihre so engagierte und kreative Arbeit."

BAN KI-MOON, Generalsekretär der Vereinten Nationen

facebook.com/ICAN.Germany